

# BRENNPUNKTE IM NAHEN OSTEN - EINE ORIENTIERUNGSTOUR

Reinhard Schulze (FINO)

Der Nahe Osten wird zurzeit vornehmlich als *geopolitische Landkarte* wahrgenommen. Die Kriege in Syrien und im Jemen werden fast nur noch im Kontext internationaler Konflikte diskutiert; Friedenslösungen werden ebenso unter das Mandat der geopolitisch engagierten Mächte gestellt. Die regionale Blockbildung, die auf einer neuartigen Gestaltung innerislamischer Konfessionalisierung von «Sunniten» und «Schiiten» beruht, wird gleichermassen einer internationalen Machtpolitik zugeordnet. Die geopolitische Wahrnehmung der Konfliktwelten im Nahen Osten konstruiert eine Wirklichkeit, die den lokalen Regimen zu einer ihnen fast uneingeschränkte Macht verheissenden Patronage verhilft. Daher haben sie grösstes Interesse an der Bewahrung der geopolitischen Ordnungsmuster. Doch die *geopolitische Konstruktion der Wirklichkeit* im Nahen Osten steht in krassem Widerspruch zu den Krisen und Auseinandersetzungen, die die Realität der innenpolitischen Welten in den jeweiligen Ländern bestimmen. Schon eine oberflächliche Augenscheinnahe lässt erkennen, dass die Permanenz der lokalen und regionalen Konflikte grösstenteils auf dieser geopolitisch konstruierten Ordnung der sozialen, kulturellen und ökonomischen Wirklichkeit beruht. Die interessens- und realpolitische Rechtfertigung dieser Ordnung garantiert den Potentaten nicht nur ihre Macht, sondern untergräbt – wie am Beispiel Jemen zu sehen – sogar eigentlich erfolversprechende lokale Traditionen der Konfliktbewältigung und Konfliktlösung. Wie in einer lockeren Folge von FINO-Memos zu nahöstlichen Brennpunkten zu zeigen sein wird, unterscheiden sich die lokalen und regionalen Konflikte zum Teil grundlegend. Diese Besonderheiten bestehen trotz der Versuche der Realpolitik, durch geopolitisch begründete Bündnisse, Allianzen und Gegnerschaften die Konfliktwelten zu homogenisieren, zu schematisieren oder gar standardisieren. Ohne eine strategische Berücksichtigung dieser Besonderheiten wird eine Konfliktlösung im Nahen Osten kaum möglich sein. Doch was sind diese lokalen und regionalen Besonderheiten? Wie konfigurieren sie die Konfliktwelten in den einzelnen nahöstlichen Ländern? Folgende Übersicht über ausgewählte, zurzeit häufig angesprochene Konfliktfelder, die in den kommenden Wochen in FINO-Memos näher untersucht werden, bietet eine erste Orientierung.

## SYRIEN

Die komplexen Allianzen im Kriegsgeschehen haben schon längst die Beurteilung der Ursachen des Konflikts in den Hintergrund treten lassen. Dies ermöglichte es dem Regime in Damaskus, sich jedweder politischen, juristischen oder moralischen Beurteilung seiner Herrschaft zu entziehen. Dabei hat sich am Charakter dieser Herrschaft seit Kriegsbeginn 2011/2 nichts geändert. Grundmuster ist eine totalitäre Herrschaft. Politisch ist diese Herrschaft am äussersten rechten Rand eines ideologischen Spektrums angesiedelt, als Macht ist sie «totalitär», das heisst sie beruht (dem Totalitarismusmodell von Hannah Arendt folgend) nicht nur auf der fundamentalen Beschränkung von Freiheitsrechten und einer tiefgestaffelten sozialen Kontrolle, sondern auf Terror, durch den die Handlungsmöglichkeiten der Bevölkerung gewaltsam «eingeschlossen» sind. Dieser Totalitarismus ist fast nur noch durch Parolen abgesichert. Der Staat in Damaskus funktioniert heute auch ohne jene breite ideologische Rechtfertigung, die früher durch den Baath vertreten worden waren. Die totalitäre Macht des «Systems al-Asad» beruht so auf sich selbst. Allerdings hat der Krieg Kompromisse verlangt: Lokale Verbündete des Regimes, aber auch die das Regime stützenden ausländischen Kriegsparteien (zum Beispiel iranische, irakische, schiitisch-libanesische, afghanische und russische Verbände) wurden zum Preis eines Franchisings der totalitären Ordnung gewonnen. So agieren Kommandanten in den vom Regime kontrollierten Provinzen, Führungsfiguren der vier Geheimdienste und Patrons der organisierten Kriminalität innerhalb eines lokalen Systems totalitärer Ordnung, das seinerseits nur noch bedingt der Hoheit des Regimes in Damaskus untersteht. Doch nicht nur das Regime in Damaskus folgt einer solchen totalitären Logik. Auch andere Kriegsparteien, wie die ultraislamische Hay'at Tahrīr ash-Shām in Idlib oder einige kurdische Milizen haben das

Modell der totalitären Machtausübung übernommen, mit zum Teil verheerenden Folgen für die Bevölkerung. Die aktuelle geopolitische Deutung des syrischen Kriegs hat zu einer Stabilisierung dieser Ordnung geführt. In der sich nun abzeichnenden Schlussphase des syrischen Kriegs werden neue Allianzen gesucht, und das Regime in Damaskus kann sich nun daran erfreuen, dass gleich mehrere Kontrahenten um seine Gunst zu buhlen suchen. Wichtige kurdische Milizen optieren für einen Schulterschluss mit dem Regime, um einer Auseinandersetzung mit der türkischen Armee aus dem Wege zu gehen. Die Türkei ihrerseits erwägt die Option, seinen Frieden mit dem Regime in Damaskus zu machen, um die kurdischen Milizen kaltzustellen. Die USA denken daran, das Regime von al-Asad als Verbündeten nicht nur im Kampf gegen ultraislamische Bünde zu gewinnen, sondern vor allem auch, um die libanesischen schiitischen Milizen in Schach zu halten. Die Allianz mit Russland, Iran und China begünstigt al-Asad durch Teilhabe an einer grossangelegten, wenn auch widersprüchlichen Hegemonialpolitik. Wird also die neue totalitäre Ordnung als Sieger aus dem Krieg hervorgehen? Wie wird die Bevölkerung auf das Siegerregime reagieren? Wie ist es um die Zukunft der gesellschaftlichen Ordnung Syriens bestellt? Wie werden sich 12 Millionen Syrer verhalten, die die Erfahrung machen mussten, dass sie für das Funktionieren des Regimes überflüssig sind und dass sie für eine staatlich kontrollierte gesellschaftliche Ordnung keinen Sinn mehr haben?

Und wie soll der Wiederaufbau des Landes vonstattengehen? Wie UN-Agenturen schätzen, hat der Krieg bisher fast 400 Mrd. US-Dollar gekostet, und für den Wiederaufbau sind nochmals 400 Mrd. US-Dollar nötig, 10% davon allein für den dringendsten Bedarf im Wohnungsbau. Andere Beobachter gehen von einem dreifach so hohen Finanzbedarf aus. Das ist der drei- bis sechsfache Wert, den der gesamte Marshallplan für Europa (1948/1952)

umfasste oder das Vier- bis Zehnfache des Werts des gesamten syrischen Bruttozialprodukts vor dem Beginn des Kriegs. Das Regime fühlt sich so gefestigt, dass es nur befreundete Länder als Kreditgeber für den Wiederaufbau zulassen möchte. Natürlich ist der Wiederaufbau auch eine grosse Gelegenheit für die chinesischen, russischen, iranischen und libanesischen Firmen. Da möchte auch der regimekritische Westen nicht zurückstehen: Deutschland hat schon 1 Mrd. Euro für den Wiederaufbau in Syrien bereitgestellt.

### JEMEN

Das zweite grosse Kriegsgebiet im Nahen Osten ist ebenfalls nur noch durch geopolitische Konstrukte geordnet. Anders als in Syrien scheinen hier die Fronten etwas «klarer» zu sein: Auf der einen Seite steht die heute als Ḥūthī bezeichnete Nordallianz der «Revolutionskomitees», die auf einer Koalition von grossen Faktionen der mächtigen Stammesföderationen Ḥāshid und Bākīl beruht. Diese Koalition hatte sich zwischen 2004 und 2010 weitgehend gefestigt und konnte in den jemenitischen Wirren im Februar 2015 die Kontrolle über das Territorium des ehemaligen Nordjemens gewinnen. Auf der anderen Seite befindet sich die Allianz der alten Staatselite, die von dem Übergangspräsidenten ‘Abdrabbuh Maṣūr Hādī protegirt wird. Hādī, aus dem Süden stammender Offizier, gehört der dritten grossen Stammesföderation an, den Madhḥij. Diese Föderation steht traditionell in einer engen Beziehung zu Saudi-Arabien. Der dritte Akteur sind separatistische Verbände im Süden des Landes (Southern Transitional Council), die in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) einen potentiellen Verbündeten gefunden haben. Daneben gibt es andere Kriegsparteien, so ultraslamische Kampf-bünde (u.a. Anṣār ash-Sharī‘a), neutrale lokale Milizen (v.a. im Hadramaut), Privatmilizen (etwa die des ehemaligen Präsidenten ‘Alī ‘Abdallāh Ṣāliḥ). Die Geopolitik reduziert den

Konflikt auf einen Stellvertreterkonflikt zwischen Iran und Saudi-Arabien oder einen Religionskrieg zwischen Sunniten und Schiiten. Diese Reduktion aber kann weder die Dynamik noch die Persistenz des Kriegs erklären. Erst wenn man den Konflikt wieder in eine innerjemenitische Perspektive rückt und die bestehenden externen Allianzen auf eine machtpolitische Ausnutzung der internen Konflikte bezieht, wird das tatsächliche Ausmass des Kriegs deutlich.

### ÄGYPTEN

Ägypten hat bislang das Glück gehabt, von grösseren kriegerischen Auseinandersetzungen ausgespart zu sein. Eigentlich hätte das Land so die Chance, durch eine strategisch angelegte Innenpolitik das Land sozial, ökonomisch und kulturell so zu modernisieren, dass es nachhaltig vor einem (weiteren) Gesellschaftszerfall geschützt ist. Doch bislang deutet wenig darauf hin, dass die Regierung unter dem Präsidenten as-Sīsī diese Gelegenheit zu nutzen versteht. Offensichtlich bleiben die Staatseliten ihrem alten Muster treu: Ausweitung der militärisch-politischen Kontrolle, Bewahrung der ökonomischen Vormachtstellung der Unternehmen, die mit den Staatseliten und besonders dem Militär verbunden sind, und Stärkung des Markts durch eine unternehmerfreundliche Reformpolitik. Tatsächlich hat diese Politik zu einer verbesserten Stimmung unter ägyptischen Unternehmern geführt und dazu beigetragen, dass sich ausländische Investoren verstärkt für das Land interessieren. Dies wird durch die wachsende Gasproduktion (das Offshore-Feld «Zohr» hat zwischenzeitlich eine Tagesproduktion von fast 30 Mio. Kubikmeter erreicht) unterstützt. Insgesamt dürfte das reale BIP 2019-23 insgesamt weiterwachsen.

Diese Perspektive aber verdeckt jene Strukturprobleme, die die Krise der Gesellschaft verstärken. Dazu gehört vor allem eine tief-

greifende soziale Spaltung: So wird dem offiziellen ägyptischen Arbeitsmarkt eine Arbeitslosenquote von etwa 12% attestiert, doch erfasst dieser Arbeitsmarkt nur etwa ein Viertel aller Erwerbstätigen. Statistisch sind nur knapp 10% der Beschäftigten auf dem offiziellen Arbeitsmarkt, das heisst nur diese 10% sind in das staatliche Sozialversicherungssystem integriert. 90% leben auf einem «grauen Arbeitsmarkt» in prekären Umständen oder schlicht unter der nationalen Armutsgrenze. Die Erwerbsquote ist allein 2017 auf 31 % gesunken! Die Erholung der ägyptischen Wirtschaft, durch Milliardenkredite des IMF begünstigt, erreicht so in erster Linie die Staatsebenen und das neue Bürgertum. Die innenpolitischen Strategien des Regimes von as-Sīsī, der sich im März 2018 ein neues Mandat als Präsident bestätigen liess, erreichen so nur noch knapp 40% der Bevölkerung. Damit ist ein Grossteil der Bevölkerung von alternativen Formen einer Solidaritätsordnung abhängig, die in besonders prekären Regionen (Nordsinai, Mittelägypten, westägyptische Oasen, urbane Banlieue) sogar schon vorherrschen. Die Allianz solcher neuen Solidaritätsbünde mit ultraslamischen Gruppen provoziert eine verstärkte Militarisierung der öffentlichen Ordnung. Manche Beobachter argwöhnen eine schleichende Hinwendung zu einer Militärdiktatur. Angesichts der Labilität und Fragilität der ägyptischen Gesellschaft sucht das Regime vor allem Schutz durch Saudi-Arabien, das zum wichtigsten Alliierten des Landes geworden ist.

## SUDAN

Nur wenig Aufmerksamkeit haben die jüngsten Unruhen im Sudan gefunden. Seit dem 19. Dezember 2018 organisieren sich mehr und mehr Bewohner vor allem der grösseren Provinzstädte zu Strassenprotesten, die sich an der Erhöhung der staatlich festgesetzten Brotpreise entzündeten. Der Beginn der Proteste

fiel mit dem Besuch des sudanesischen Präsidenten al-Bashīr in Damaskus zusammen, wo dieser ein Bündnis mit dem syrischen Regime auszuhandeln suchte. Begleitet werden die Proteste von einer Desinformationskampagne, die zur Verbreitung einer Vielzahl von Verschwörungstheorien beiträgt. Im Mittelpunkt steht die Vermutung, dass die USA bereit seien, einen Modus vivendi mit dem international geächteten Regime zu finden, sofern das Regime bereit sei, auf fünf wesentliche Forderungen der USA einzugehen: (1) die Einstellung der Feindseligkeiten gegen die Verbände der Sudanesischen Revolutionären Front in den Bundesstaaten Darfur, Südkordofan und Blauer Nil, (2) Verbesserung des Zugangs für humanitäre Hilfe, (3) Einstellung aller Interventionen in Südsudan, (4) Ausbau der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus und (5) regionalpolitische Sicherheitszusammenarbeit, v.a. auch zur Bekämpfung der von Joseph Kony geführten «Widerstandsarmee des Herrn» (Lord Resistance Movement). Andere behaupten, der Sudan suche den Schulterschluss mit Israel, wieder andere vermuten, das Regime hätte ein Militärabkommen mit Russland geschlossen; es sei bereit, Russland am Roten Meer eine Militärbasis zu gewähren, sofern Russland seinerseits bereit sei, das Regime gegen interne Rebellen zu schützen. Erwartungsgemäss hat die sudanesisische Regierung dies dementiert, und dennoch halten sich Gerüchte, wonach russische Söldner des Unternehmens «Gruppe Wagner» im Lande seien und bereitstünden, die Strassenproteste zu unterdrücken. Es halten sich Gerüchte, wonach das Regime bereit sei, zur Bewältigung der innenpolitischen Krise den aussenpolitischen Kurs zu wechseln und das bestehende Bündnis mit Saudi-Arabien, das sich auch in der Beteiligung am jemenitischen Krieg erweist, durch eine Allianz mit Russland und Syrien zu ergänzen, wenn nicht gar zu ersetzen. Ob Saudi-Arabien da mitspielen wird, ist sehr fraglich.

Die Proteste hatten am 19. Dezember in dem agrarischen Zentrum al-Qaḍārīf (im Osten des Landes, 400'000 Einwohner) und der Industriestadt 'Aṭbara (im Bundesstaat Nil, 150'000 Einwohner) begonnen und sich schnell nach Khartum und Umm Durmān ausgebreitet. Die Demonstrationen folgten jenem Schema, das in den zahlreichen «Farbenrevolutionen» die Strassenproteste bestimmt hatten: Verzicht auf jede politische Repräsentation, Stützung durch die zahlreichen sudanesischen Berufsverbände und Mobilisation vor allem im Kontext des islamischen Freitagsgebets. Die Forderungen der Demonstranten richteten sich gegen das gesamte Regime. Kernforderung war der Rücktritt des Präsidenten al-Bashīr, der seit 1989 an der Macht ist und dessen Regime Grund für die Sanktionen sei, die die sudanesischen Wirtschaft schwer belasten. Zwar wurden einige Sanktionen 2017 aufgehoben, doch blieb die Listung Sudans als «State Sponsor of Terrorism» bestehen. Die Sudanesen haben Erfahrung im Sturz von Militärregimen: 1964 stürzten sie den Staatschef Ibrāhīm 'Abbūd, 1985 den Präsidenten Ja'far an-Numayrī (Numeiri). Der Dauerdiktator al-Bashīr, wegen Kriegsverbrechen per Haftbefehl vom Internationalen Strafgerichtshof gesucht, scheint überzeugt, den oppositionellen Sudanesen die Stirn bieten zu können. Doch die Opposition ist nicht nur kampferprobt, sondern verfügt über ein hohes Mass an Selbstorganisation, die durch tatkräftige und mächtige Berufsverbände und Gewerkschaften getragen wird.

### LIBYEN

Während die Eliten im Sudan in einem langen und schwierigen Prozess 2011 zur Einsicht gekommen waren, dass eine Teilung des Landes für alle Beteiligten die beste Entwicklungschance darstellte, beharren die Eliten in Libyen wie auch die internationalen Schutzstaaten auf dem Erhalt Libyens als Nationalstaat. Seit 2012 ist Libyen allerdings in zwei grosse

Landesteile zerfallen, die jedes für sich eigene fremde Schutzmächte gefunden haben. Da sind zunächst die beiden Hauptkontrahenten: Die Regierung, die durch das seit 2014 amtierende Repräsentantenhaus (*majlis an-nuwwāb*) ernannt wurde und die ihren Sitz in Tobruk und al-Bayḍā im Osten der Cyrenaica hat und die von der machtvollen Libyschen Nationalarmee unterstützt wird. Diese Regierung kontrolliert grosse Teile des Landes, nicht aber den bevölkerungsreichen Nordwesten (mit Ausnahme des berberischen Zintān-Gebirges). Darüber hinaus gibt es ein taktisches Bündnis der Tobruk-Regierung mit den verbliebenen Gaddafi-Loyalisten, angeführt von Sayf al-Islam Gaddafi (al-Qadhdhāfi), der selbst gerne neuer libyscher Präsident werden möchte. Dadurch findet das östliche Regime einen gewissen Rückhalt auch unter der einflussreichen Banī Walīd-Föderation. Die Gegenpartei bildet die 2016 durch internationalen Druck etablierte «Regierung der nationalen Eintracht» (*ḥukūmat al-wifāq al-waṭanī*), die ihren Sitz in Tripolis hat und grössere Teile des Nordwestens kontrolliert. Mit ihr verbündet sind eine Vielzahl von lokalen Milizen wie die wichtigen Miṣrāta-Milizen und viele Bürgermeister der städtischen Kommunen. Aufgewertet wurde diese Regierung durch die internationale Anerkennung als «libysche Übergangsregierung». Im Laufe des Jahres 2016 gelang es ihr, zumindest die wichtigsten Milizen, die bislang die islamisch geprägte Vorgängerregierung in Tripolis, die «Regierung der nationalen Rettung» (*ḥukūmat al-inqādh al-waṭanī*) unterstützt hatten, zu integrieren. Auch wenn aus Derna, Benghazi und Sirt vertrieben spielen die ultraslamischen Kampfbünde, so die Anṣār ash-Sharī'a, noch eine gewisse Rolle, vor allem in den umstrittenen Gebieten in der südwestlichen Region Fezzān (Sabha). Eine gewisse Autonomie haben sich zudem Verbände der Tuareg in der Region Ghāt sichern können.

Die Zweiteilung des Landes folgt mehr oder weniger jenen Phantomgrenzen, die bis 1951

die Territorien der drei libyschen Landesteile Tripolis, Cyrenaica und Fezzān markiert hatten. Diese Länder waren ja erst unter italienischer Kolonialherrschaft nach 1931 einer gemeinsamen Administration unterstellt worden und wurden 1951 als Teile des Königreichs Libyen definiert. Im Königreich dominierten die östlichen Regionen, wo das neue Königshaus Sanūsī seine Hausmacht hatte. Der Westen mit seinen wichtigen Hafenstädten war hingegen schon durch die osmanische Verwaltung stark kommunalisiert worden, und in Städten wie Miṣrāta und Tripolis hatte sich unter den führenden Handelsfamilien eine Art republikanische Ordnung etabliert. Diese Tradition hat bis heute Bestand. Sie bildet den eigentlichen sozialen Machthintergrund der Übergangsregierung. Doch welche Chance haben die für Anfang 2019 angekündigten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen? Wird neben Gaddafi und dem eher rechtskonservativen islamischen Gelehrten ‘Arif ‘Alī Nāyid, ehemals libyscher Botschafter in den VAE, der «Feldmarschall» der Libyschen Nationalarmee Khalīfa Ḥaftar zur Wahl antreten?

### IRAN

Die islamische Revolution in Iran jährt sich 2019 zum vierzigsten Mal. Nach einem fünf Monate währenden Aufstand war damals das kaiserliche Regime am Ende, und am 1. Februar 1979 wurde der Ayatollah Ruḥollāh Khomaiṅi als Revolutionsführer in Teheran von Millionen Menschen begeistert empfangen. Die islamische Revolution war die letzte Revolution, die noch den Mustern des Revolutionszeitalters, das mit der amerikanischen Revolution begonnen hatte, folgte. Die Ironie der Geschichte will es, dass das Revolutionszeitalter 1775 in Amerika begonnen, als die USA gestiftet worden war, und dass es 1979 in Iran mit der Schaffung der islamischen Republik endete. Das revolutionäre Projekt in Iran, die Schaffung einer «islamischen Republik» und einer «islamischen Gesellschaft» ist

faktisch zum Stillstand gekommen. Manche, vor allem in Iran selbst, sehen ein Scheitern des Projekts. Der Grund hierfür sind nicht allein die Sanktionen, denen das Land weiterhin ausgesetzt ist und die für den Grossteil der Bevölkerung erhebliche Beschwerden in der Bewältigung des Alltags gebracht haben. Massgeblich ist auch die Reformunwilligkeit des Regimes, das sich weigert, die Staats-, Wirtschafts- und Sozialpolitik so zu erneuern, dass sie den säkularen und pluralistischen Erwartungen der Mehrheit der Gesellschaft entspricht. Die Sanktionen legitimieren diese Erstarrung, doch am Ende werden die Ressourcen kaum noch ausreichen, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Der Aufstand 2009 war eine erste Machtprobe gewesen, niemand kann vorhersagen, ob es demnächst und gerade auch im Zusammenhang mit der Symbolik der Revolutionsfeierlichkeiten im Januar und Februar 2019 wieder zu Protesten kommen wird.

Da kommen **geopolitische Deutungen** gerade recht: Iran kann sich einmal mehr als Bollwerk eines antisunnitischen Blocks definieren, das mit Russland und China über machtvolle Partner verfügt, die ihrerseits dem Land einen Ausweg aus der Misere der Sanktionen zu bieten scheinen. Doch wächst die Allianz, der sich Iran gegenüberzieht: Die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Saudi-Arabien, den VAE, Ägypten und Israel unter der Patronage der USA hat grosse Fortschritte gemacht, und die Position Irans in Syrien ist keineswegs gesichert. Iran verfügt offenbar zurzeit über keine Mittel, den Konflikt zu deeskalieren. Steht nun das Projekt «Islamische Revolution» insgesamt auf dem Spiel?

### ISRAEL/PALÄSTINA

Für einmal werden die nahöstlichen Konflikte nicht in einem Atemzug mit dem Konflikt zwischen Israel und Palästina genannt. Eher scheint sich der Konflikt im Windschatten der

nahöstlichen Konfliktgeschichte fortzuentwickeln. Auf den ersten Blick gibt es nicht viel Neues: periodisch wiederkehrende kriegerische Auseinandersetzung zwischen den Milizen in Gaza und der israelischen Armee, israelische Angriffe auf Stellungen und Stützpunkt von Hisbollah (*ḥizb allāh*) in Syrien und Streit um israelische Siedlungen auf der Westbank. Neu sind ein Legitimationsverlust der Regierungen auf beiden Seiten, soziale und wirtschaftliche Unzufriedenheit und ein anwachsender identitätspolitischer Populismus. Neu ist auch das Interesse der palästinensischen Autonomiebehörde, dem Stillstand durch die Wiederaufnahme einer Verhandlungspolitik zu begegnen. Doch wie könnten neue Impulse

den Verhandlungen einen Schwung verleihen, der zu mehr als einem rhetorischen Austausch bekannter Positionen führt? Wie kann gewährleistet werden, dass die Verhandlungen nicht allein der Beruhigung einer Wahlbevölkerung dienen (in Israel wird am 9. April 2019 die 21. Knesset gewählt, in Palästina soll die Gesetzgebende Versammlung im Juni 2019 neu gewählt werden), sondern innovative Vorstellungen und vielleicht sogar überraschende Lösungsvorschläge auf den Tisch kommen, die eine echte Verhandlungsdynamik auslösen könnten?